

Vortrags- und Diskussionszyklus «Überschuldete Staaten: Was folgt auf den Pumpkapitalismus?»

«Der keynesianische Endpunkt ist erreicht»

Schlussbericht zu Beat Kappeler's Vortrag vom 12. September 2012

John Maynard Keynes darf als jener Ökonom angesehen werden, der mit seinem Vorschlag des «deficit spending» der Politik die wissenschaftliche Legitimation dafür gab, beinahe hemmungslos Ausgaben zu tätigen und Schulden anzuhäufen. Dass der Endpunkt dieses – nota bene falsch verstandenen – Keynesianismus nun erreicht sei, war die zentrale These des Referats von Beat Kappeler.

In seinem Hauptwerk «The General Theory of Employment, Interest and Money» von 1936 empfahl Keynes, Wirtschaftskrisen durch staatliche Interventionen zu überbrücken. Als Massnahmen schlug er gezielte Zinssenkungen seitens der Zentralbank sowie Beschäftigungsprogramme – das sogenannte «deficit spending» – vor. Keynes versprach sich davon zusätzliches Einkommen und damit einen höheren Konsum. So weit die Theorie in aller Kürze bzw. Verkürzung, wie sie von der Politik bereitwillig aufgenommen wurde. Wer wünscht sich nicht, Ausgaben erhöhen zu können, ohne sich um entsprechende Einnahmen oder das Abtragen der Schuldenlast kümmern zu müssen – und das durch die Wissenschaft legitimiert? In der Tat war die Wachstumsförderung während der gesamten Nachkriegszeit das bewährte Mittel der Politik, um selbst kleine Krisen und Wachstumsschwächen zu überbrücken. «Seit dem für die Zeitgenossen verblüffenden Erfolg der Kennedy-Administration 1963, eine leichte Wachstumsdelle mit Steuersenkungen zu bekämpfen und auch höhere Steuereinnahmen zu erzielen, gilt die für die Weltwirtschaftskrise entwickelte Lehre John Maynard Keynes' als etablierte Wirtschaftspolitik», so Kappeler.

Ein Zauberwort dieser Politik ist der «Multiplikator», d. h. die Überzeugung, jeder als Defizit aufgewendete Franken, Euro, Dollar werde ein Vielfaches im Kreislauf erzeugen und über die Steuern



Beat Kappeler zeigte auf, warum die keynesianische Wirtschaftstheorie auch dann kein taugliches Mittel gegen die Überschuldungskrise wäre, wenn sie von der Politik vollständig umgesetzt würde und nicht wie bisher bloss zur Hälfte.

darauf die Ausgabe spielend abtragen. Kappeler's Skepsis gegenüber diesem Multiplikator sitzt tief: Erstens haben Ankurbelungen kaum solche Multiplikatoren, ausser deren Dosis wird dauernd erhöht. Zweitens wird nie antizyklisch gehandelt, d. h. in guten Zeiten gespart, weshalb sich die Verschuldung treppenartig nach oben entwickelt – Frankreich hat seit 1975, Italien seit 1960 nur Budgetdefizite erzeugt. Drittens müssten, wenn es den Multiplikator wirklich gäbe, Sparprogramme verheerende Auswirkungen haben: auf Wachstum, Investitionen und Steuereinnahmen.

Gerade dieser letzte Punkt macht deutlich, weshalb Keynes von der Politik nur zur Hälfte angewendet wird. Nähme man seine Theorie nämlich ernst, dürfte man in schlechten Zeiten nicht einfach nur mehr Geld ausgeben, sondern müsste umgekehrt in guten Zeiten auch sparen, also Staatsausgaben reduzieren. Dieser «andere» Keynes – oder der «ganze

Keynes», wie man korrekterweise sagen muss – wäre also ein weit anspruchsvolleres Programm. Es entspräche der schweizerischen Schuldenbremse, die der Politik auferlegt, Mehrausgaben über einen Konjunkturzyklus durch Mehreinnahmen oder anderweitige Ausgabenkürzungen zu kompensieren. Überhaupt geht vergessen, dass Keynes seine «Theory» unter dem Eindruck der Great Depression, der grossen Wirtschaftskrise in den USA der 1930er-Jahre, verfasst hat – einer Krise, in der die Arbeitslosigkeit von 9 auf 25 Prozent stieg und die Durchschnittslöhne um 60 Prozent fielen.

Es gibt für Kappeler noch weitere Gründe, die gegen eine keynesianische Politik sprechen. Nicht nur verpuffen Anstösse in offenen Volkswirtschaften im Ausland, sie wirken auch meist zu spät – ganz abgesehen davon, dass man nur bereits Bestehendes ankurbeln kann, was wiederum den Strukturwandel behindert. Ausserdem bleiben auch die

«Kappeler plädiert für eine Wirtschaftspolitik, die dem Einzelnen und seinen unternehmerischen Motiven mehr Raum zur Entfaltung gibt.»

Wirtschaftsakteure nicht untätig: Löhne und Preise bewegen sich ebenso wie Investitionen, und letztere sind ohnehin nachhaltiger als künstlich erhöhte Nachfragen. Im Übrigen sind keynesianische Ausgabenprogramme in demokratischen Mehrparteiensystemen fatal, weil alle ihre eigenen Interessen bedienen.

Schliesslich gilt: So lange Wachstum und Schuldzinsen gleich hoch liegen, steigt die Verschuldung nicht. Das war in den letzten Jahrzehnten der Fall. Jetzt aber, wo die Wirtschaft weniger schnell wächst und die Zinsaufschläge auf Staatsanleihen – vor allem für die südlichen Länder Europas – weit über den Wachstumsraten liegen, geht diese Rechnung nicht mehr auf. Der «keynesianische Endpunkt ist», so Kappeler, den PIMCO-Ökonomen Tony Crescenzi zitierend, «mit der totalen Überschuldung der Staaten und ihren Defiziten, die dauerhaft und strukturell über dem nominellen Wachstum des BIP liegen, erreicht, ja überschritten.»

Bleibt also die Frage, wie ein Ausstieg aus dieser keynesianischen Politik aussehen kann. Im Prinzip gibt es zwei Varianten: die Deflation und die Inflation. Während bei der Deflation die Wirtschaft gleichsam in sich zusammenbricht, da Preise und Zinsen – und mit ihnen die gesamten Vermögenswerte – fallen, erfolgt bei der Inflation eine allgemeine Flucht des Geldes in Sachwerte bzw. weg aus den betroffenen Ländern, vor allem, wenn die Notenbanken bereits in die «financial repression» eingestiegen sind, also die Zinsen unter die Inflation drücken. Fehlgeleitetes Kapital ist die Folge, Zwangsabgaben, Amputation von Bankguthaben oder Währungsreformen sind die notwendigen Gegenmassnahmen. Beide Szenarien sind weniger verlockend, gesellschaftliche

Unruhen und politische Verwerfungen vorprogrammiert.

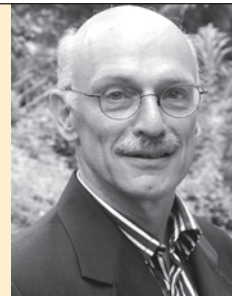
Keynes hatte die Wirtschaft als ein grosses Gefüge gesehen, dass man einer Maschine gleich mit groben, makroökonomischen Hebeln wie Konsum, Investitionen, Zinsen, Staat und dem Multiplikator steuern kann. Kappeler plädiert für das Gegenteil: für eine Wirtschaftspolitik, die dem Einzelnen und seinen unternehmerischen Motiven mehr Raum zur Entfaltung gibt. Dann, so Kappeler, können die westlichen Volkswirtschaften wieder eine «Eins-zu-eins-Gesellschaft» werden, in der nicht Schulden, sondern produktive Geschäftstätigkeit der Wachstumstreiber sind: durch Freilegung des Angebots, Arbeitsmöglichkeiten, Ersparnisse und Gewinne, Kapitalakkumulation und damit wiederum Investitionsmöglichkeiten. Geld wäre im Sinne der österreichischen Schule ein sorgfältig zu hütender Erfahrungswert, eine gesellschaftliche Konvention – und nicht das Resultat von Notenbankexperimenten. In einer solchen Eins-zu-eins-Gesellschaft wäre ein Konkurs auch wieder ein Konkurs.

Auf die Frage, welches Szenario wahrscheinlich sei – die Deflation, die Inflation oder gar die Vision einer Eins-zu-eins-Gesellschaft – wagt Kappeler keine Prognose. Mit ironischem Unterton aber merkt er an, dass der Untergang des Abendlands keine reine Fiktion sei.

Dr. Katja Gentinetta
Gesprächsleiterin MoneyForum

Dieser Schlussbericht ist auch im Downloadarchiv des MoneyForums auf moneyforum.sunflower.ch verfügbar.

Der Referent



Beat Kappeler, geb. 1946, lic. sc. pol., Dr. h. c., studierte in Genf und Westberlin, mit Abschluss am HEI, Genf. 1977 bis 1992 war er als freier Journalist und Sekretär des SGB tätig, danach Mitarbeiter der «Weltwoche». 1996 bis 2000 war er a. o. Professor für Sozialpolitik am IDHEAP, Lausanne, 1998 bis 2008 Mitglied der Eidg. Kommunikationskommission. 1999 erhielt er die Ehrendoktorwürde der Universität Basel.

Seit 2002 ist Beat Kappeler Kommentator: bei «Le Temps» bis Ende 2011, bei der «NZZ am Sonntag» bis heute. Ausserdem ist er Autor diverser Bücher und Beiträge zu wirtschaftspolitischen Themen und u. a. auch als Referent unterwegs.

Programmübersicht

Donnerstag, 8. November 2012

Albrecht Ritschl: Der Euro ist tot. Es lebe der Euro! Eine Zwischenbilanz der europäischen Einigung

Mittwoch, 23. Januar 2013

Dirk Baecker: Vom Nutzen der unbekannten Zukunft: Eine methodische Anleitung

Mittwoch, 27. Februar 2013

Peter Siegenthaler: Wege aus der Schuldenfalle: Ein Plädoyer für faire Regeln

Mittwoch, 22. Mai 2013

Monika Bütler: Welche Aufgaben haben Sozialversicherungen in überschuldeten Staaten?

im September 2013

Roger de Weck: Die Zukunft des Kapitalismus

Ort: Bäregasse 20, 8001 Zürich

Zeit: 18–20.30 Uhr (inkl. Apéro riche)

Gestaltung: Barbara Thommen, Visuelle Gestaltung, Zürich
© Foto MoneyForum: Sunflower Foundation
© Foto Referent: bei diesem
Sunflower Foundation, Zürich, Oktober 2012
Verena-Conzett-Strasse 7, Postfach, 8036 Zürich
www.sunflower.ch